

ÖÖ Informiert

Nr. 3, 2015

Zugestellt durch Österreichische Post



Manfred
Haimbuchner

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

**GERECHTE LÖHNE,
SICHERE ARBEITSPLÄTZE:**

**Weil ER
uns ERNST
NIMMT!**

Die Menschen. Das Land. Meine Berufung.

Themenschwerpunkt:
**FPÖ gut aufgestellt
für Wahlen**

Seite 2/3

Interview:
**Haimbuchner
offen gefragt**

Seite 4/5

Wahlkampf:
**Tolle Stimmung
im Land**

Seite 10/11

„Oberösterreich braucht einen Wechsel!“

Die Freiheitlichen stehen bei den Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen vor einem historischen Erfolg. „Der Zuspriechung aus der Bevölkerung ist enorm, die Funktionäre sind hoch motiviert“, ist Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner optimistisch. Auch bei den gleichzeitig stattfindenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen ist der Trend positiv: Es gibt mit fast 5.800 Kandidaten um 1.000 Oberösterreicher mehr, die für die FPÖ in den Gemeinden kandidieren.



Der Erfolgsweg der FPÖ wird sich bei der kommenden Landtagswahl in Oberösterreich fortsetzen. Erreichte die Mannschaft um Landesparteiobmann

Manfred Haimbuchner bei der Landtagswahl 2009 noch 15,29 Prozent, so ist klares Ziel von FPÖ-Landesparteiobmann Haimbuchner, „das historische Ergebnis

mit über 20 Prozent aus dem Jahr 1997 zu erreichen. Wir wollen zweite Kraft in Oberösterreich werden und einen zweiten Sitz in der Landesregierung.“

Erfolg auch auf Kommunalebene

Der Schwung in der Landespartei ist auch auf die Bezirks- und Ortsparteigruppen übergeschwappt. Mit rund 5.800 Kandidaten tritt die FPÖ auf Gemeindeebene an. Wir können bereits bei der Listenerstellung Zugewinne aufweisen. Um 20 Prozent – in Summe über 1.000 Oberösterreicher – mehr als noch im Jahr 2009 sind bereit, für die FPÖ auf Gemeindeebene zu kandidieren.

Erstmals gibt es für die Bürger in 384 Gemeinden die Möglichkeit, für die Kommunalwahlen eine Stimme für die FPÖ abzugeben. Über 1.300 Frauen treten zur Gemeinderatswahl für die Freiheitlichen an, sieht Haimbuchner

dieses Mal einen eigenen Bürgermeisterkandidaten ins Rennen schicken.

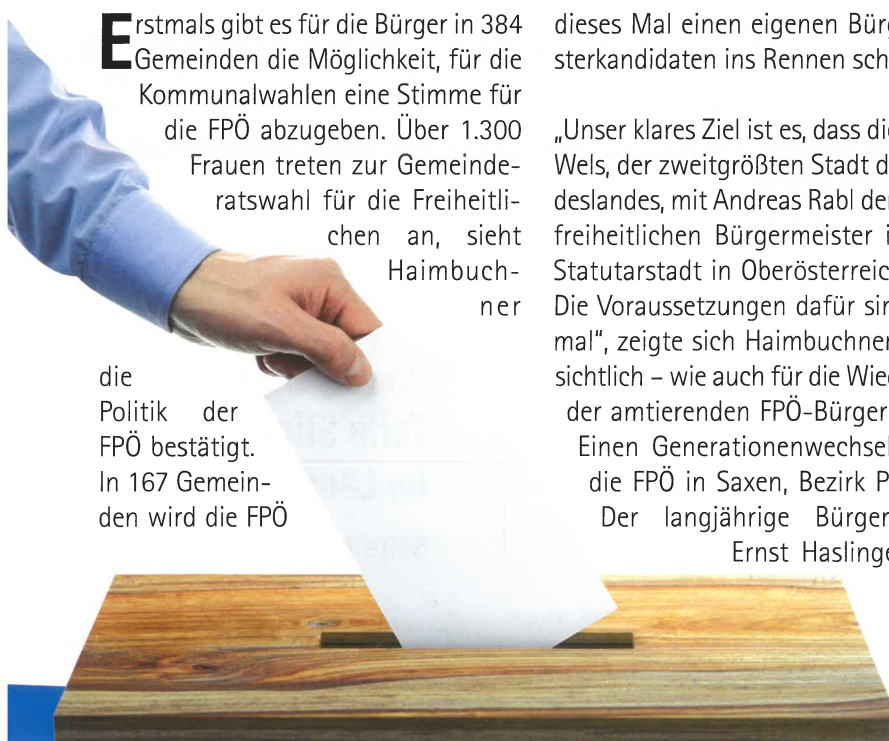
„Unser klares Ziel ist es, dass die FPÖ in Wels, der zweitgrößten Stadt des Bundeslandes, mit Andreas Rabl den ersten freiheitlichen Bürgermeister in einer Statutarstadt in Oberösterreich stellt. Die Voraussetzungen dafür sind optimal“, zeigte sich Haimbuchner zuversichtlich – wie auch für die Wiederwahl der amtierenden FPÖ-Bürgermeister.

Einen Generationenwechsel strebe die FPÖ in Saxen, Bezirk Perg, an.

Der langjährige Bürgermeister Ernst Haslinger gehe mit seinen 72

Jahren nunmehr auch „in den Bürgermeister-Ruhestand“, erklärte Haimbuchner: „Der ‚Alt-Bürgermeister in spe‘ wird aber mit voller Kraft die von der FPÖ Saxen nominierte Gemeinderätin Rosa Ecker, die Landesobfrau der ‚Initiative Freiheitliche Frauen‘ im Wahlkampf für den Bürgermeisterposten unterstützen. Auch in St. Martin, im Bezirk Ried, mache der 68-jährige FPÖ-Bürgermeister Kurt Höretzeder Platz für den jüngeren Kandidaten Franz Moser. „Die Menschen in unserem Land wissen, dass wir uns nicht nur im Landtag, sondern auch in den Gemeinden für ihre Interessen nachhaltig einsetzen“, so das positive Fazit des FP-Landeschefs.

die Politik der FPÖ bestätigt. In 167 Gemeinden wird die FPÖ



Platz 2 in Reichweite

„Unser Wahlgegner wird aber nicht nur die SPÖ sein, die sich in Oberösterreich nur mehr mit Randgruppen-Themen auseinandersetzt und die auch für die verfehlte Politik ihres Parteichefs und Bundeskanzler Faymann herhalten muss“, stellte Haimbuchner klar. Es gelte, auch maßgeblich Stimmen von der Landeshauptmann-Partei ÖVP zu holen. „Die derzeit absolute Mehrheit der ÖVP in der Regierung tut unserem Land nicht gut“, betonte Haimbuchner.

Und die ÖVP spürt die Freiheitlichen in ihrem Nacken. Mit einem bisher bei Landtagswahlen noch nie dagewesenen Werbeeinsatz – selbst in Zeitungen anderer

Bundesländer, um die „Auslandsösterreicher“ zur Wahlteilnahme zu motivieren – versucht die Partei von Landeshauptmann Josef Pühringer den neuen Konkurrenten auf Distanz zu halten.

Für den Zuspruch der Freiheitlichen bei den Oberösterreichern machte Haimbuchner die Entwicklung von einer Protestpartei zu einer „lösungsorientierten politischen Kraft im Land“ verantwortlich. „Ich sehe noch viele Aufgaben und wir sind noch lange nicht dort, wo die FPÖ in Oberösterreich sein soll. Das Land braucht einen Wechsel!“, steckt der FPÖ-Spitzenkandidat zur Landtagswahl das Wahlziel der Partei ab.



Familie stärken – die Keimzelle unserer Gesellschaft

Die **Zahl der heimischen Familien sinkt**. Aber sie sind die Grundlage unserer Gesellschaft und unseres Wohlstands. **Wir fordern** daher einen **gerechten Ausgleich** im Steuer- und Sozialsystem **zwischen Familien und Kinderlosen**.

- ✔ **Familienförderungen** des Landes **ausbauen** und jährlich **anpassen**
- ✔ **Steuern** für Familien **massiv senken**
- ✔ **Familienfreundliche Arbeitswelt**
- ✔ **Echte Wahlfreiheit** zwischen familiärer und öffentlicher Kinderbetreuung **sicherstellen**
- ✔ **Tagesmütter** besser **fördern**
- ✔ **Nein zur Homo-Ehe** – kein Adoptionsrecht für Homo-Paare

Am 27. September entscheiden die Oberösterreicher, welchen Weg das Land in Zukunft einschlagen soll.

Wollen Sie eine Fortsetzung des Nichtreagierens auf die gravierenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, so wie es Rot und Schwarz im Bund und in den Ländern praktizieren? Oder wollen Sie einen Wechsel zu einer verantwortungsbewussten Politik, für den wir Freiheitliche eintreten, in deren Mittelpunkt die Sorgen der Bürger stehen und nicht das Wohlwollen der EU?

Kurswechsel

Das Land braucht einen Kurswechsel. Die Menschen haben die Nase voll, dass man ihnen ständig sagt, dass es ihnen ja noch immer besser gehe als anderen und sie „solidarisch“ sein sollen mit den Euro-Pleiteststaaten und den Flüchtlingsmassen.

Wir Freiheitliche stehen hingegen für die Solidarität mit unseren Landsleuten. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Oberösterreich den Menschen eine lebens- und liebenswerte Heimat bleibt. Dass wir damit auf dem richtigen Weg sind, zeigt ÖVP-Landeshauptmann Pühringer, der unsere Forderungen übernimmt, aber uns gleichzeitig dafür verteufelt. Es ist eine Aufbruchsstimmung im Land unter den Menschen zu spüren, so wie in den 1990er-Jahren. Deswegen ist die Zustimmung zu uns Freiheitlichen und unserer Politik so groß. Ich verspreche den Oberösterreichern, dass wir ihr Vertrauen nicht enttäuschen werden. Je stärker wir am 27. September werden, umso mehr können wir für die Menschen und für unsere Heimat Oberösterreich tun!

Herzlichst


Manfred Haimbuchner



„Die Menschen wollen Veränderungen“

„Einsatz für die Menschen in unserem Land.“ Dieser Grundgedanke zieht sich durch die Kampagne und das Wahlprogramm der FPÖ Oberösterreich. Schwerpunkte bilden vor allem die Politikfelder Familien, Generationengerechtigkeit, Arbeit und Steuerentlastungen. Durch die steigenden Steuern und Gebühren bleibt den Menschen immer weniger Geld für ihr Leben zur Verfügung. Die Freiheitlichen betrachten diese Entwicklung mit Sorge und fordern Entlastungen für die Bürger. Manfred Haimbuchner betont: „Die Menschen wollen Veränderungen. Am 27. September gibt es mit dem Kreuz für die FPÖ die Möglichkeit dazu.“

Q Auch in Oberösterreich steigt die Arbeitslosigkeit. Was sind die konkreten Pläne der FPÖ, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten?

Haimbuchner: Der Wirtschaftsstandort Oberösterreich muss geschützt werden. Eine weitere Abwanderung der Industrie ist zu verhindern. Die Arbeitslosenquote ist auf Rekordniveau. Verschärft wird dies auch durch die Auswirkungen der Osterweiterung. Wir sagen: Vorrang heimischer vor ausländischen Arbeitskräften. Gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitnehmer sind eine notwendige Voraussetzung für die heimische Wirtschaft.

Q Von den 28 EU-Staaten ist ein Drittel mit einer Flüchtlingswelle konfrontiert. Darunter Österreich und Deutschland. Längst sind wir an der Grenze des Machbaren angelangt.

Die FPÖ sagt klar: Das Boot ist voll.

Haimbuchner: Unsere Aufnahmefähigkeit ist begrenzt – und deswegen sage ich, das Boot ist voll. Die Zahlen müssen längst nach oben korrigiert werden. Es werden wesentlich mehr als 80.000 Menschen in diesem Jahr nach Österreich kommen. Deutschland hat seine Zahlen längst auf über 800.000 korrigiert, das ist das Dreifache dessen, was ur-

sprünglich erwartet wurde. Um rasch eine Entlastung zu schaffen, müssen Asylanträge schnell bearbeitet werden und bei negativem Entscheid umgehend Abschiebungen erfolgen. Die Bundesregierung entmündigt wohl schon in weiser Voraussicht mit der Änderung des Verfassungsgesetzes die Länder und Gemeinden, um ein Durchgriffsrecht zu haben. Wir brauchen Lösungen und keine Scheinlösungen und Entmündigungen. Nur wenn es uns gelingt, die

Flüchtlingswanderungen zu stoppen, können wir Herr der Lage werden. Dazu gehören klar temporäre Grenzkontrollen.

Q Die Kriminalität nimmt spürbar zu. Den veröffentlichten Kriminalstatistiken wird längst kein Glauben mehr geschenkt. Ist die Sicherheitspolitik gescheitert?

Haimbuchner: Die Sicherheitspolitik ist definitiv gescheitert. Temporäre Grenzkontrollen würden auch der Bandenkriminalität aus dem Osten einen Riegel vorschieben. Straffällige Ausländer sind wieder in ihre Heimat zurückzusenden.

Q Überschuldung, bedrohte Sicherheit, Arbeitslosigkeit. Ist es wirklich schon so schlimm in Oberösterreich?

Haimbuchner: Im Gespräch zeigen mir die Menschen auf, dass sie das Gefühl haben, es geht nichts mehr weiter. Die Belastungen werden immer größer. Es

“ Das Boot ist voll ”



gibt keine Lösungen – weder in der Griechenlandkrise noch bei der Flüchtlings-thematik. Die arbeitenden Menschen sagen mir, sie haben keine Luft mehr zum Atmen. Die Bürger wollen zu Recht nicht länger, dass man ihnen dauernd erzählt, dass die Sonne scheint, wenn es regnet.

□ Gibt es „politische Baustellen“ in unserem Bundesland?

Haimbuchner: Die direkte Demokratie muss ausgebaut werden. Es ist für mich zu wenig, dass die Bürger nur alle sechs Jahre einmal ein Kreuzchen machen können. Bei wichtigen Fragen – Asylproblematik, aber durchaus auch bei großen Verkehrsprojekten – soll das Volk das letzte Wort haben. Immerhin müssen die Menschen tagtäglich mit den Entscheidungen leben.

□ Die FPÖ will eine Volksabstimmung über einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge. Auch LH Pühringer will eine Obergrenze. Ist das realistisch?

Haimbuchner: Auffallend ist, dass Pühringer und die ÖVP vor jeder Landtagswahl rechts blinken und nach der Wahl dann links abbiegen. Er übernimmt freiheitliche Forderungen – eine nach der anderen. Uns wirft er Hetze

vor, verteufelt uns indirekt. Ich verwehre mich massiv dagegen. Wir bieten Lösungen an und die Menschen wissen das auch. Asyl sollen jene erhalten, die Schutz auf Zeit benötigen. Aber wir können nicht alles Elend dieser Welt aufnehmen. Es gibt zudem kein Recht, sich den Sozialstaat auszusuchen. Und es besteht der bittere Beigeschmack, dass dies bei Wirtschaftsflüchtlingen der Fall ist. Daher: Quoten und Grenzen festlegen. Dann darüber abstimmen, wie viele Menschen man in Österreich aufnimmt.

“ Unsere Heimat und unsere Traditionen schützen

□ Wofür steht Manfred Haimbuchner politisch?

Haimbuchner: Manfred Haimbuchner steht für eine Politik, die in erster Linie den Oberösterreichern dient. Für mich gilt ganz klar: Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben, das Asylchaos muss gestoppt und unsere Heimat und Traditionen müssen geschützt werden. Wenn wir alle Probleme in unserem Land gelöst haben, können wir uns auch um die Schwierigkeiten in der restlichen Welt kümmern.

□ Was bedeutet für Sie Heimat?

Haimbuchner: In erster Linie hat Heimat etwas mit den Menschen zu tun. Da geht es um die Beziehungen zu den Menschen. Da geht es um unsere Kultur, um unsere Traditionen. All das zusammen ist Heimat. Mich machen die Veränderungen in unserer Heimat nachdenklich. Ich habe den Eindruck, dass man die eigene Heimat, die

eigenen Menschen nicht mehr schützt. Man interessiert sich für alles andere, aber nicht mehr für die eigenen Leute.

□ Die Umfragen sind durchwegs positiv für die FPÖ. Sie brauchen sich eigentlich nur zurücklehnen, heißt es.

Haimbuchner: Ich habe in den letzten sechs Jahren viel gearbeitet. Für mich ist das eine Form des schmutzigen Wahlkampfes. ÖVP und SPÖ müssen mehr als nervös sein, weil sie mit Umfragen versuchen zu manipulieren. Die Leute wollen eine Veränderung, die Zustimmung ist groß. Für mich sind aber diese Umfragen pure Wahlpropaganda. Meine Wahlziele sind, zweitstärkste Kraft zu werden, einen zweiten Regierungssitz einzunehmen und den Bürgermeisterposten in Wels zu stellen.



Landesparteiobmann LR
Dr. Manfred Haimbuchner

Asyl:

Die ÖVP und die Angst vor dem Wähler

Einen knappen Monat vor der Landtagswahl widmete sich die ÖVP der Asylproblematik mit einem Positionspapier, in dem einige Forderungen der Freiheitlichen Partei übernommen wurden. So fordert Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) jetzt vor der Wahl ein konsequentes Vorgehen gegen Schlepper und stärkere Kontrollen an den EU-Außengrenzen sowie massivere Schleierfahndungen gegen Schleuser.



Wahlzuckerl mit bitterem Beigeschmack

Ein klares Nein kommt von Haimbuchner auch zu den Plänen des Landeshauptmannes, wonach Gemeinden, die überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aufnehmen oder sich besonders bei der Betreuung engagieren, nach der Wahl Extrazuckerl über die Förderpolitik bekommen sollen. „Was ist mit jenen Gemeinden, die auf Grund der Gegebenheiten gar keine Möglichkeit haben, Plätze zur Verfügung zu stellen? Es darf hier zu keiner Benachteiligung kommen“, ist für Haimbuchner diese Extraförderung in Wahrheit ein Wahlzuckerl mit bitterem Beigeschmack.

Und: Wenn in den Herkunftsländern der Asylwerber Krieg und Elend vorüber sind, sollte eine Rückkehr forciert werden. „Faktum ist, dass Asyl auch bis jetzt kein Dauerrecht war. Daher ist es überflüssig, wenn sich Pühringer dafür einsetzen will, dass es nur mehr Asyl auf begrenzte Zeit geben soll“, so FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner.

mehr Probleme der mangelnden Integration gibt es in Wahrheit bei jenen Migranten, die schon längst im Land sind und hier auch bleiben wollen. Da müssen wir ansetzen“, kritisiert Haimbuchner. Auch mit dem Argument der Integrationsförderung gibt es von der FPÖ ein klares Nein zur Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylanten.

„Es ist zudem ein Widerspruch in sich, wenn Pühringer über die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylanten auf Zeit die Integration forcieren will. Wesentlich

„Wir haben in Oberösterreich eine Rekordarbeitslosigkeit, daher muss es Vorrang für heimische Arbeitskräfte geben“, so der FP-Landeschef.

„Das Asyl-Positionspapier der oberösterreichischen ÖVP zeigt ganz deutlich die Angst der Schwarzen vor dem Wähler. Die Menschen haben das Asylchaos in unserem Land satt und wollen endlich politische Änderungen. Dass Pühringer jetzt vor der Wahl rechts blinkt, um dann danach links abzubiegen, ist der verzweifelte Versuch der ÖVP, Stimmen für die Wahl zu retten. Das Konzept ist in weiten Teilen nicht neu und auch nicht durchdacht“, fasst der freiheitliche Landesparteichef die Kritik an dem ÖVP-Papier zusammen.

Unser Geld für unsere Leute

Die **Zuwanderung** in unser Sozialsystem nimmt zu. In Oberösterreich sind von **12.500 Mindestsicherungsbeziehern** mehr als **4.200 Ausländer**. Wir als soziale Heimatpartei fordern: **treffsichere Sozialleistungen** statt Gießkannenprinzip.

- ✔ **Sozial- und Familienleistungen** vorrangig für österreichische Staatsbürger
- ✔ **Keine Wohnbeihilfe** für Drittstaatsangehörige
- ✔ EU-Bürger sollen maximal die **Sozialleistungen ihrer Heimatländer** erhalten
- ✔ **Pflegeberufe** besser entlohnen
- ✔ **Pflegende Angehörige** sozialrechtlich **absichern**





Top informiert aus erster Hand

Nicht nur auf Facebook ist Manfred Haimbuchner stark vertreten. Neuigkeiten aus erster Hand bietet auch der kostenlose Newsletter sowie „Haimbuchner-TV“ auf Youtube.

„Im laufenden Wahlkampf spielen diese Plattformen eine zentrale Rolle.“ Haimbuchner nutzt die sozialen Medien, um mit den Wählern zu kommunizieren.

Um Neuigkeiten per Newsletter aus erster Hand zu erfahren, melden Sie sich gratis unter info@manfredhaimbuchner.at an.



Mehr Härte gegen Schlepper

Beinahe täglich berichten die Medien derzeit von Flüchtlingen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen – auch bei den hohen Temperaturen diesen Sommer – in Lkws und anderen Transportern zusammengepfercht nach und durch Österreich geschmuggelt werden.

Die FPÖ Oberösterreich fordert bereits seit längerem ein hartes Vorgehen gegen diesen Menschenhandel und die dahinter stehenden Drahtzieher. FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner konkretisiert die notwendigen Maßnahmen: „Schleppern muss das Handwerk gelegt werden. Das geht aber wohl am besten

mit temporären Grenzkontrollen und der überfälligen Ausweitung der Schleierfahndung nach bayerischem Vorbild. Denn die Situation zeigt, dass die EU nicht in der Lage ist, die Außengrenzen wirksam zu schützen.“



Die Bundesregierung versagt in Sachen Asyl. Es ist die Grenze erreicht. Wir können keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen. Die Inkompetenz der österreichischen Bundesregierung das Flüchtlingsproblem zu lösen, sorgt auch dafür, dass die FPÖ in den Umfragen nicht so schlecht liegt. Denn man fährt über die Bürger

Das Boot ist voll

und Gemeinden drüber und beschäftigt sich auf der anderen Seite mit Themen wie Po-Grapschen oder Gender-Ampeln. Wir hätten das Asylchaos nicht, würde die Regierung die Forderungen der FPÖ umsetzen. Wer nicht will, dass zu Hause jemand ins Haus kommt, der macht die Haustür zu. Nicht anders verhält es sich mit Grenzkontrollen, raschen Asylverfahren und anderen Maßnahmen. Aber offenbar fehlen da in Wien der Mut und der Wille dazu.

HC Strache sorgt für Rekord

Das ORF-Sommergespräch von Hans Bürger mit HC Strache lockte knapp eine Millionen Zuseher vor die Bildschirme. Damit stellt der FPÖ-Chef einen neuen Rekord auf. Zu besten Zeiten verfolgten bis zu 1,037 Millionen Zuseherinnen und Zuseher die Sendung.

Das zeigt: Von Politikverdrossenheit kann keine Rede sein. HC Strache spricht die Sorgen der Bürger an und hat klare Antworten auf die Flüchtlingsproblematik, kritisiert die Milliardenhilfe Griechenlands und will als Wiener Bürgermeister die Stadt wieder lebenswert machen.



Die Regierung hingegen habe keine Rezepte gegen die Rekordarbeitslosigkeit, gegen die Flut an illegalen Einwanderern, gegen die steigende Armut und die stagnierende Wirtschaft. SPÖ und ÖVP hätten kein zukunftsfitte Konzept, es herrsche in allen Bereichen Stillstand und völliges Chaos. „SPÖ und ÖVP interessieren sich in Wahrheit nur

mehr für den eigenen Machterhalt. Das ist das einzige Ziel, das sie wirklich konsequent verfolgen“, betont Generalsekretär Herbert Kickl. „Die Menschen lassen sich auch von diversen Schmutzkübelkampagnen unserer politischen Gegner und deren ‚flügel-schlagender‘ Steigbügelhalter in

den Medien nicht beirren, sie wissen, was sie davon zu halten haben: nämlich nichts. Die 36 Prozent Marktanteil, die das ORF-Sommergespräch mit HC Strache erreicht hat, sind wegweisend – nicht nur im TV, sondern auch für die kommenden Wahlen in Wien“, so Kickl.

Grüne Schleichwerbung an „Solarschulen“

293 Schulen in Oberösterreich nehmen am Solarprogramm des Landes teil. Ganze 210 davon sind Volksschulen und stehen als solche unter der Ägide des Landes. Dennoch kommt es Landeshauptmann Pühringer als Finanzreferent oder Bildungslandesrätin Hummer nicht in den Sinn, sich durch Tafeln an den von ihnen finanzierten Schulen zu verewigen. „Solche Denkmäler muss sich anscheinend nur der grüne Energie- und Umwelt-Landesrat Anschober setzen“, so Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.



Jede Schule, die das „Landesförderprogramm für Photovoltaikanlagen auf Oberösterreichs Schulen“ in Anspruch nimmt, muss verpflichtend eine Tafel mit der Titulierung „Oö. Solarschule - eine Initiative des Oö. Umwelt- und Energieressorts“ am Schulgebäude anbringen. Der zuständige Landesrat Rudolf Anschober nutzt diese Tafel seit Beginn dieser Förderaktion für eine unzulässige Bewerbung seiner Person, in dem er seinen vollen Namen und seine Funktion als Landesrat

für Umwelt, Energie, Wasser und Konsumentenschutz anfügt. Mit dieser Förderaktion hintergeht Anschober schamlos das Verbot parteipolitischer Werbung jeglicher Art an Schulen. „Gerade in Zeiten bevorstehender Landtags- und Gemeinderatswahlen ist das völlig inakzeptabel. Diese grüne Schleichwerbung an unseren Schulen muss augenblicklich beendet werden“, so Steinkellner.



Klubobmann Mag. Günther Steinkellner



Griechenland-Pleite:

Österreich hat genug gezahlt!

Insgesamt 11 Milliarden Euro hat Österreich mittlerweile für die Griechenland-Rettung gezahlt. Noch nie wurde der österreichische Steuerzahler befragt, ob sein hart verdientes Geld zur Rettung von internationalen Großbanken, superreichen Griechen und einem teilweise korrupten und ineffizienten griechischen Beamtenapparat verwendet werden soll.

Die über 300 Milliarden Euro, die die EU bisher insgesamt nach Griechenland transferiert hat, sind nicht bei der griechischen Bevölkerung angekommen. Ohne dringend notwendige Reformen und ein Ausscheiden der Griechen aus der Währungsunion wird die griechische Tragödie nur unnötig verlängert und belastet die Steuerzahler der EU-Nettozahlerländer noch mehr.

Inzwischen werden überall in Europa die Rufe nach einem Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone lauter. Was vermutlich nicht zu einem Untergang des Abendlandes führen wird, wie uns diverse EU-hörige Politiker immer wieder vorbeten. Natürlich bedeutet dies einen schweren Imageverlust für das politische Projekt der EU, den die Eurokraten unter allen Umständen

vermeiden wollen. Denn würden die Griechen aus dem Euro ausscheiden, so könnten dies weitere Staaten als Präzedenzfall sehen und ebenfalls ausscheiden. In Spanien etwa wird diese Option bereits hinter vorgehaltener Hand diskutiert.

Griechenland hat sich mit Hilfe von Bilanzfälschungen durch zwei internationale Großbanken im Jahr 2000 in die Währungsunion hineingeschwindelt. Es erfüllte bereits damals nicht die Stabilitätsbedingungen für den Euro.

Als der Betrug 2004 aufkam, gab es jedoch keinerlei Konsequenzen. Kein Vertreter der österreichischen Steuerzahler kann es daher heute noch verantworten, noch mehr Geld nach Griechenland zu pumpen.



Ramadan statt Muttertag?

Nachdem vor Kurzem bereits bekannt wurde, dass der Kindergarten in der Linzer Breitwieserstraße ohne Genehmigung und ohne Rücksprache mit den Eltern Hausbesuche bei türkischen Familien abhält, deckte die FPÖ Linz nun einen weiteren Fall von „kultureller Ungleichbehandlung“ auf.

Während die Hausbesuche bei türkischen Familien seinerzeit vom Linzer Magistrat noch mit der „Förderung der Sprachkenntnisse“ der Kinder begründet wurden, sollen jetzt traditionelle Feste gestrichen werden. So wurde der Muttertag im Kindergarten in der Garnisonstraße aus dem Veranstaltungskalender gestrichen, das muslimische Fastenbrechen nach dem Fastenmonat Ramadan fand aber sehr wohl Aufnahme in den Kalender einer städtischen Betreuungseinrichtung. Die Linzer FPÖ befürchtet eine Auslöschung der heimischen Kultur und der Traditionen und lehnt diesen einseitigen Weg der Kulturvermittlung ab. Wie auch bei den Hausbesuchen zeigen die Eltern der Kinder in der Garnisonstraße wenig Verständnis für die fragwürdige Art der Kulturvermittlung.

Für die FPÖ eine Entwicklung in die völlig falsche Richtung: „Die Kinder von Zuwanderern sollten in erster Linie ihre neue Heimat Österreich kennenlernen. Neben dem Erlernen der deutschen Sprache sollen ihnen auch unsere Traditionen und Bräuche vermittelt werden. Der nachweislich hohe Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in unseren Kindergärten und Schulen darf nicht den Betreuungs- bzw. Lehrplan bestimmen. Die mangelhaften Deutschkenntnisse vieler Kinder sind jetzt schon ein Problem, das die Linzer SPÖ beharrlich ignoriert.“



Blaue Wende in Oberösterreich

Mit über 4.000 begeisterten Anhängern startete die FPÖ Oberösterreich in Wels in den Landtagswahlkampf. Bundesparteiobmann HC Strache und Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner stimmten unter dem Motto „Heimatliebe – ehrlich und echt“ ihre Anhänger auf einen heißen Wahlkampfherbst ein. Beide geben sich zuversichtlich, dass am 27. September eine blaue Wende in Oberösterreich möglich ist.

Haimbuchner stellte bereits zu Beginn unmissverständlich fest: „Die Bürger sehnen sich nach einer positiven Veränderung. Und nur die FPÖ bringt diesen positiven Wandel für unser Land.“ Zuversichtlich zeigte sich der FPÖ-Landeschef, dass es am 27. September in der Messestadt Wels mit Andreas Rabl zu einem Wechsel an der Spitze kommt. „Wels war einst die Perle Oberösterreichs. Mit einer

visionslosen SPÖ und einer orientierungslosen ÖVP als Beiwagerl sank die Lebensqualität. Andreas Rabl wird mit seinem Team die Politik der eingeschlafenen Füße von SPÖ und ÖVP beenden.“

„Es ist die höchste Pflicht eines Politikers, zunächst die eigenen Leute zu vertreten. Ich werde dafür kämpfen, dass unsere schöne Heimat Oberösterreich auch für unsere nachfolgenden Generationen erhalten bleibt. Und ich werde dafür kämpfen, dass die Oberösterreicher auch in

Zukunft Herr im eigenen Land sind. Ich schäme mich nicht, das Wort Heimat in den Mund zu nehmen“, setzte Haimbuchner fort.

Keine Islamisierung unserer Heimat

Bundesparteiobmann HC Strache lobte in seiner Rede die bisher geleistete Arbeit der FPÖ Oberösterreich: „Unser schönes Oberösterreich ist ein Kernland der freiheitlichen Familie und wir sind gut aufgestellt. Manfred Haimbuchner hat



Der Welsener Bürgermeisterkandidat Dr. Andreas Rabl





bewiesen, dass die FPÖ Regierungskompetenz hat und in der politischen Arbeit für die Menschen unserer Heimat arbeitet."

Zu einer jüngsten Umfrage, in der 67 Prozent der Oberösterreicher die Islamisierung ihres Heimatlandes befürchten, stellte Strache fest: „Wer glaubt, den Sozialstaat ausnutzen zu dürfen und Paral-

lengesellschaften bildet, der muss unser Land verlassen. Wir wollen keine Islamisierung unserer Heimat. Wer sich jedoch integrieren will und unsere Werte und Regeln anerkennt, der ist ein wichtiger Partner für uns."

Den politischen Mitbewerbern, die nicht müde werden, die FPÖ als Hetzer zu bezeichnen, schrieb Strache ins Stamm-

buch: „In Wahrheit sind diejenigen die Hetzer in diesem Land, die uns Freiheitliche so bezeichnen. Wir sagen den Menschen die Wahrheit und scheuen uns nicht, Probleme in diesem Land offen anzusprechen. Niemand braucht sich zu schämen, wenn er die FPÖ wählt, denn jeder Einzelne hat die Chance, mit seiner Stimme etwas zu verändern."



Super Stimmung auch in Freistadt



Manfred Haimbuchner und HC Strache mit der Rohrbacher Landtagsabgeordneten Ulrike Wall



Einkommen zum Auskommen – Leistung belohnen

Die Realeinkommen sinken. Den Menschen bleibt immer weniger Geld in der Brieftasche. **Steigende Steuern und Gebühren fressen jede Lohnerhöhung auf. Wir fordern eine spürbare Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen und den Schutz der Sparer.**

- ✔ Keine neuen Belastungen
- ✔ Gebührenbremse
- ✔ Überstunden geringer besteuern
- ✔ Strom- und Gaspreise der öffentlichen Versorger senken
- ✔ Spritsteuer senken
- ✔ Keine Enteignung der Sparer durch Finanzierung der Euro-Südländer



Klubobmann Günther Steinkellner machte sich bei einem Lokalausgleich selbst ein Bild der Lage.

Wir fordern eine moderne Mühlkreisbahn!

„Wir stehen für den Erhalt der Mühlkreisbahn in Normalspur. Die Modernisierung und Elektrisierung dieser Strecke samt Durchbindung zum Linzer Hauptbahnhof sowie ihre Einbindung in ein effektives Schnellbahnsystem sind Voraussetzungen für die Lösung der Pendler-Problematik in Linz“, stellt Klubobmann Mag. Günther Steinkellner fest.

Die Präsentation des neuen ÖBB Cityjets hat nun gezeigt, wie Komfort, Schnelligkeit und Innovation zusammenspielen können. „Es steht ohne Zweifel fest, dass diese Zuggarnituren auch für die Mühlkreisbahn eingesetzt werden müssen, um den Pendlern in den Bezirken Rohrbach und Urfahr-Umgebung endlich

adäquate Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen“, so Steinkellner.

Der für den öffentlichen Verkehr zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer plant eine Umstellung der bestehenden Mühlkreisbahn auf eine RegioTram mit „Schmalspurschienen“.

Das würde bedeuten, dass diese wichtige Verkehrsader nur mehr eine Straßenbahn-anbindung anstatt der bestehenden vollwertigen Zugstrecke hätte. „So etwas darf man der Bevölkerung nicht zumuten“, wiederholt Steinkellner einmal mehr seine Bedenken.

Durch eine Verwendung des nun präsentierten ÖBB Cityjets auf der Mühlkreisbahn mit Durchbindung zum Hauptbahnhof könnte man die veralteten und langsamen Zuggarnituren ersetzen. Dies würde eine Modernisierung der gesamten Strecke bedeuten. Das alles aber ohne Umbau des Schienensystems und der damit verbundenen Verschlechterung der Anbindung in den Zentralraum. „Wir müssen unserer Bevölkerung bestmögliche Verkehrsmittel zur Verfügung stellen und ihre Situation nicht weiter verschlechtern“, so Steinkellner.

Impressum: MIH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZOÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landespartei-vorstand: M. Haimbuchner, G. Deimek, A. Gradauer, H. Hackl, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schiebl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, A. Affenzeller, R. Ciconia, P. Bahn, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ

Laut SPÖ schießen Grundwehrdiener auf Asylanten



ist keine Lösung!", wird Entholzer auf dem Foto zitiert. Zur Illustration wurde die Nahaufnahme eines Stacheldrahts verwendet. Dieselbe Aussage machte Entholzer auch anlässlich des ORF-Sommergesprächs.

In den sozialen Medien sorgte diese Aussage bis auf wenige Ausnahmen für Fassungslosigkeit und Unverständnis. „Warum um Himmelswillen soll man auf Flüchtlinge schießen?“, fragt sich ein Nutzer. Ein anderer kommentiert: „Welch ein Blödsinn. Kein Mensch schießt auf Flüchtlinge bei uns. Informiert euch einmal beim Bundesheer wie es abläuft, bevor ihr so einen Schwachsinn schreibt.“ Reinhard D. zieht einen historischen Vergleich: „Schießen? Wie viele wurden denn beim Assistenzeinsatz (Burgenland) zwischen 1990 und 2011 erschossen? Jetzt wird es schon lächerlich.“ Für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner ist die Aussage Entholzers „pure Hetze“. „Das ist eine rote Harakiri-Aktion. Die Umfragewerte dürften die oberösterreichische SPÖ und Entholzer stark beuteln. Nur so ist dieser Ausrutscher zu erklären“, so Haimbuchner.

Ein Facebook-Posting der SPÖ Oberösterreich empörte nach dem ORF-Sommergespräch Ende August von Reinhold Entholzer viele Nutzer in den sozialen Medien. Auf der Seite der roten Landesorganisation wurde ein Foto veröffentlicht, auf dem ein Zitat von Parteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer zu finden ist.

Der SPÖ-Politiker behauptet, dass Grundwehrdiener, wenn sie zur Grenzsicherung eingesetzt würden, auf Asylanten schießen würden. „18-Jährige an Österreichs Grenzen zu stationieren und auf Flüchtlinge schießen zu lassen,

Auch in Wien werden die Karten neu gemischt:

Aus LIEBE zu WIEN

tauschen wir Häupl
gegen HC Strache

www.FPOE-WIEN.at

f/hcstrache



FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner gut gelaunt mit Frau Annette und einem kleinen Festbesucher

Haimbuchner:

Freiheitliches Familienfest im Agrarium Steinerkirchen voller Erfolg

Ein voller Erfolg bei strahlendem Sonnenschein war das FPÖ-Familienfest im Agrarium Steinerkirchen. „Der Andrang war groß, Familien mit Kindern in jedem Alter nutzten den Tag bei freiem Eintritt und genossen die zahlreichen Attraktionen und Angebote“, ist ein gut gelaunter FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner zufrieden mit der Veranstaltung.

Zusätzlich zu den vorhandenen Angeboten erfreuten sich die Kinder an einer großen Hüpfburg ebenso wie am Pony- und Bullenreiten. „Nicht nur junge Fußballfans, auch Väter und Großväter wollten wissen, wie stark ihr Schuss ins Tor beim Power Fußball ist“, so Haimbuchner. Der FPÖ-Landesparteiobmann eröffnete zudem die neue Attraktion des Agrariums Steinerkirchen, den so genannten Hummelflug. Mit hohem Tempo ging es die Schanze mit einer Punktlandung auf das große Kissen hinunter.



Arbeit und Wirtschaft – Arbeitnehmer und Arbeitgeber Hand in Hand

Unsere **soziale Marktwirtschaft** funktioniert nur, wenn **Arbeitnehmer** und **Arbeitgeber Hand in Hand** arbeiten. Unser heimischer Arbeitsmarkt muss geschützt werden. **40 Prozent** der Arbeitslosen haben **Migrationshintergrund**.

- ✔ **Voest-Standort sichern** – keinen überzogenen Klimaschutz
- ✔ **Technikermangel bekämpfen** – **höhere Stipendien für Techniker**
- ✔ **Anreize für Lehrlingsausbildung**
- ✔ **Zuzug** an die Bedürfnisse des heimischen Arbeitsmarkts **anpassen**
- ✔ **Pendler** nicht im Stau stehen lassen – **Straßen und Öffis ausbauen**
- ✔ **Bürokratieabbau** statt Überregulierung
- ✔ **Langzeitarbeitslose Ausländer ausweisen**



Über das Recyceln freiheitlicher Ideen

Landeshauptmann Pühringer, sein roter Stellvertreter Entholzer und der grüne Landesrat Anschöber betonen, dass sie für die nächsten zwei Monate ausreichend Asyl-Quartiere geschaffen haben und weitere planen. Gleichzeitig müssen sie eingestehen, dass dies nur solange gilt, als der Flüchtlingsstrom nicht noch stärker anschwillt. Sollte dies geschehen, werden die Kapazitäten rasch zu Ende gehen. Deutschland musste seine Prognosen für Asylwerber für 2015 unlängst von 450.000 auf 800.000 anheben. Auch in Österreich steigen die Prognosen monatlich und niemand kann abschätzen, wie viele Personen über den Familienzuzug zusätzlich nachziehen.

Wir müssen endlich dafür sorgen, dass weniger Asylwerber in unser Land kommen und Personen, die keinen Asylgrund besitzen, es auch tatsächlich wieder verlassen", betont der freiheitliche Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

„Auffallend ist hierbei, dass freiheitliche Lösungsansätze zuerst verteufelt und lächerlich gemacht werden. Monate später übernimmt man sie und wirft uns vor, dass wir keine Lösungskompetenz hätten. Das ist absurd“, betont Steinkellner. So betrachten Pühringer und die Bundes-ÖVP eine EU-Klage als Möglichkeit, um endlich Bewegung in die Debatte um die Verteilung der Flüchtlinge zu bringen. „Warum erst jetzt? Das haben wir bereits am 18. Juni im Landtag gefordert! Damals wurde unser Antrag schubladiert“, ärgert sich Steinkellner über die verlorenen Monate. Mittlerweile wurde die Bundes-ÖVP allerdings ohnehin von der SPÖ zurück gepfiffen.

Generell scheint die Volkspartei in der Asylfrage zerrissen zu sein.

„Genauso wie die ÖVP in Oberösterreich mit uns für temporäre Grenzkontrollen und Asylaufanglager an den Grenzen Europas gestimmt hat, ist sie im Parlament dagegen. Jetzt will sie plötzlich den Asylmissbrauch bekämpfen, während wir das seit Jahren fordern und dafür kritisiert werden. Anscheinend muss die ÖVP immer zuerst ein paar Monate verstreichen lassen, um freiheitliche Forderungen dann wenigstens rhetorisch zu übernehmen. Die Umsetzung bleibt indes leider weiter aus“, so Steinkellner abschließend.



Klubobmann Mag. Günther Steinkellner



Sichere GRENZEN, sichere Heimat!

Asylchaos stoppen:

FPÖ-Lösungsvorschläge

1. Keine neuen Massenquartiere

Große Asylquartiere sind ein Risiko für die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Das belegen auch die zahlreichen Vorfälle in Thalham und Traiskirchen. Asylwerber sollen in möglichst kleinen Einheiten untergebracht werden. Auf eine verträgliche Relation zur Bevölkerungsgröße ist zu achten.

2. Wiedereinführung von Grenzkontrollen

Österreichs Nachbarländer winken Asylwerber einfach nach Österreich durch. Damit muss Schluss sein. Nationale Grenzkontrollen und die konsequente Sicherung der EU-Außengrenzen sind ein Gebot der Stunde. Nur so können Scheinasylanten bereits an der Grenze abgewiesen werden.

3. Errichtung von Aufnahmezentren außerhalb Europas

Asylwerber sollen nicht erst in Versuchung kommen, mithilfe von Schlepperbanden den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa anzutreten. In den

Aufnahmezentren soll unter sicheren und stabilen Bedingungen die Erstprüfung von Asylanträgen stattfinden.

4. Gerechte Aufteilung auf die EU-Staaten

Von über 200.000 Asylwerbern, die in den vergangenen zehn Jahren nach Österreich gekommen sind, hatten 80 Prozent keinen Anspruch auf Asyl. Liegt ein tatsächlicher Asylgrund vor, sind Schutzsuchende nach einem gerechten Schlüssel auf alle EU-Staaten aufzuteilen.

5. Rasche Asylverfahren und Abschiebungen

Die zuständigen Behörden sind mit den notwendigen Personalkapazitäten auszustatten, damit alle Asylverfahren rasch geprüft werden können. Droht Asylwerbern nach höchstgerichtlicher Überprüfung keine Gefahr in ihrem Herkunftsstaat, sind diese rasch in ihre Heimat zu überstellen.